

**Verschärft der Teilzeit-Trend den Arbeitskräftemangel?**

In der Schweiz gibt es einen Teilzeit-Trend. Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) zeigen, dass der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen in den letzten 30 Jahren bei männlichen Beschäftigten von 7.8 auf 18.7 Prozent zunahm und unter weiblichen Beschäftigten auf höherem Niveau von 49.1 auf 57.9 Prozent.

Soweit dieser Trend auf Paare mit Kindern zurückzuführen ist, ist das mit Blick auf den Arbeitsmarkt unproblematisch bzw. aus Gründen der Gleichstellung geradezu erwünscht. Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und stellt sicher, dass gut ausgebildete Fachkräfte im Arbeitsmarkt verbleiben. Doch nicht nur bei Eltern, sondern auch unter Kinderlosen findet Teilzeitarbeit Anklang.

Das Problem besteht darin, dass das Sozial- und Steuersystem Fehlanreize hin zur Teilzeitarbeit setzt. Denn das Steuersystem ist hinsichtlich der Entscheidung über das Erwerbspensum nicht neutral. Erwerbstätige werden steuerlich überproportional entlastet, wenn sie ihr Pensum reduzieren. Wer weniger arbeitet, erzielt weniger Einkommen und entrichtet weniger Steuern. In unserem progressiven Steuersystem fällt die Steuerersparnis bei Teilzeiterwerbstätigkeit aber überproportional aus, denn die Steuern sinken wegen der progressiven Tarife stärker als das Einkommen. Hinzu kommt, dass das tiefere Einkommen aufgrund einer Teilzeiterwerbstätigkeit einen Anspruch auf bedarfsabhängige Sozialleistungen (z.B. Prämienverbilligung) begründen kann, was allfällige Fehlanreize noch verstärkt.

Angesichts des bereits heute zugespitzten Arbeitskräftemangels und der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten reicht es nicht, möglichst viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist auch zu vermeiden, dass Erwerbstätige durch falsche Anreize zur Senkung ihres Pensums bewogen werden.

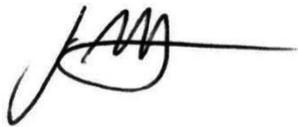
Von einer hohen Arbeitsmarktbeteiligung und hohen Pensen würde die Gesellschaft mehrfach profitieren. Erstens durch eine höhere Wirtschaftsleistung – dem treibenden Faktor für unseren Wohlstand und unsere hohe Lebensqualität. Zweitens durch eine bessere Alimentierung der Altersvorsorge und dementsprechend weniger Ergänzungsleistungen. Und drittens liesse sich der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften und somit die Zuwanderung senken.

Doch die Datenlage zur Verbreitung von Teilzeitarbeit ist bisher sehr dünn. Auch ist unklar, wie sich die Situation im Kanton Schwyz darstellt. Wir bitten daher den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie gross ist der Anteil an Steuerpflichtigen, die in einem Teilzeitpensum arbeiten, und wie hat sich dieser Anteil über die letzten Jahre entwickelt?
2. Wie gross ist der Anteil an Steuerpflichtigen ohne Kinderbetreuungspflichten (keine Kinder im Vor-/Schulalter), die in einem Teilzeitpensum arbeiten, und wie hat sich dieser Anteil über die letzten Jahre entwickelt?
3. Was ist das typische Teilzeitpensum (Median) von Steuerpflichtigen ohne Kinderbetreuungspflichten?
4. Wie gross ist der Anteil an Paaren mit Kinderbetreuungspflichten, die ein kumuliertes Erwerbspensum von 100 Prozent übersteigen, und wie hat sich dieser Anteil über die Jahre entwickelt?
5. Was ist das typische kumulierte Erwerbspensum (Median) von Paaren mit Kinderbetreuungspflichten?

In diesem Zusammenhang bestehen auch Fragen dazu, welche geeigneten Massnahmen der Kanton treffen kann, um die Erhöhung der individuellen Erwerbspensen zu begünstigen bzw. diese nicht durch Fehlanreize zu hindern.

6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Aussage, dass die Erhöhung der Erwerbspensen ein wirksames Mittel zur Minderung des Arbeitskräftemangels darstellen würde?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um das Erwerbspensum von Steuerpflichtigen aus objektiv zumutbarer Sicht zu steigern?
8. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um das Erwerbspensum von Steuerpflichtigen im kantonalen Sozial- und Steuersystem (z.B. Prämienverbilligung, Sozialabzüge) stärker zu berücksichtigen?



KR Sepp Marty, FDP  
Unteriberg



KR Rita Lüönd, FDP  
Ibach